

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

25. - 31. Oktober 2025

In der französischen Nationalversammlung hat der Rassemblement National (RN) erstmals in seiner Geschichte einen eigenen Antrag durchgebracht. Mit einer äußerst knappen Mehrheit von 185 zu 184 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der ein französisch-algerisches Abkommen von 1968 aufkündigt. Dieses Abkommen, das sechs Jahre nach dem Ende des Algerienkriegs unterzeichnet wurde, schafft günstige Einwanderungskonditionen für Algerier: Sie benötigen kein spezielles Visum, um sich länger als drei Monate in Frankreich aufzuhalten, und erhalten schneller als andere Ausländer eine zehnjährige Aufenthaltserlaubnis, auch im Rahmen der Familienzusammenführung. Marine Le Pen sprach von einem „historischen Tag“ für ihre Partei. Die Annahme des Antrags gelang vor allem wegen zahlreicher Abwesenheiten in den Reihen der Präsidentenpartei Renaissance und bei den linken Abgeordneten. Gleichzeitig stimmten Abgeordnete der Républicains, der Ciotti-Fraktion (UDR) und einiger Vertreter der Partei von Édouard Philippe, Horizons, mit dem RN. Für zusätzlichen Ärger im Regierungslager sorgte die Abwesenheit von Gabriel Attal, dem Vorsitzenden der Renaissance-Fraktion. Die Opposition wirft ihm nun vor, dem RN den Weg geebnet zu haben. Obwohl das Votum keine unmittelbare Rechtswirkung entfaltet, sorgt es politisch für erheblichen Druck. Premierminister Sébastien Lecornu kündigte kurz darauf an, das Abkommen „neu verhandeln“ zu wollen.

In der französischen Nationalversammlung spitzen sich die Auseinandersetzungen über die Einnahmequellen des Haushalts 2026 weiter zu. Während die Abgeordneten am 31. Oktober die Beratungen zu Artikel 3 wiederaufnahmen, der eine Besteuerung großer Familienholdings vorsieht, drängt die Linke zusätzlich auf die von Ökonom Gabriel Zucman inspirierte Superreichensteuer von 2 % ab 100 Mio. Euro Vermögen. Die Regierung lehnt die Zucman-Steuer strikt ab. Parallel nehmen überraschende Mehrheiten Gestalt an: Linke und Rassemblement National (RN) setzen eine Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne durch, die ihren Fürsprechern zufolge bis zu 26 Milliarden Euro bringen könnte. Zudem wurde die „Gafam-Steuer“ für Digitalkonzerne auf 6 % erhöht – gegen anfängliches Zögern der Macron-Fraktion. Für das bürgerlich-konservative Lager ist dies ein rotes Tuch. LR-Chef Bruno Retailleau sprach von „Steuer-Wahnsinn“ und einem „Schock ohne Beispiel“. Die Sozialisten, so Retailleau, hätten „die Regierung unter Kontrolle“. Insgesamt sind 3.762 Änderungsanträge zu beraten. Der angedachte Zeitplan ist daher nicht mehr einzuhalten: Statt bis 4. November soll die Abstimmung über die Einnahmequellen erst Mitte November erfolgen, nach dem Votum über das Sozialbudget.

Im Rahmen der Pariser Kommunalwahl 2026 unterstützt die Präsidentenpartei Renaissance Pierre-Yves Bournazel, und nicht, wie ursprünglich erwartet, Kulturministerin Rachida Dati. Bournazel, ehemaliges Mitglied von LR und heute Generalsekretär von Édouard Philippes Partei Horizons, war bereits 2014 und 2020 Kandidat für das Bürgermeisteramt. Rachida Dati ist weiterhin die offizielle Kandidatin der bürgerlich-konservativen Républicains, obwohl sie dort wegen ihrer Regierungsbeteiligung suspendiert wurde. Der Pariser Fraktionschef von Renaissance, Sylvain Maillard, kündigte an, weiterhin Rachida Dati unterstützen zu wollen und legte seine Funktionen innerhalb der Partei nieder. Die Wahl gilt als offen, da Amtsinhaberin Anne Hidalgo (PS) nach 24 Jahren sozialistischer Stadtregierung nicht erneut kandidiert. Bei den anderen großen Parteien laufen weiterhin schwierige Abstimmungen über Kandidaturen und mögliche Bündnisse.

Eine Woche nachdem der LR-Fraktionsvorsitzende Laurent Wauquiez eine offene Vorwahl des konservativen Lagers für die Präsidentschaftswahl 2027 eingefordert hat, unterstützt nun auch David Lisnard, Vorsitzender des Bürgermeisterverbandes AMF, Bürgermeister von Cannes und Präsident der Bewegung Nouvelle Énergie, diesen Vorschlag. Wauquiez hatte eine Vorwahl vorgeschlagen, die Politiker im politischen Spektrum von Justizminister Gérald Darmanin bis hin zur Reconquête-Europaabgeordneten Sarah Knafo umschließen soll, jedoch ohne den Rassemblement National. Lisnard plädierte nun für eine „breite Einigung auf einfache gemeinsame Prinzipien“.

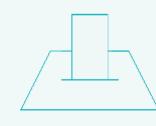
Ein Anwaltskollektiv hat bei dem Gerichtshof der Republik (CJR) Strafanzeige gegen Justizminister Gérald Darmanin eingereicht. Der Vorwurf: unerlaubte Interessennahme zugunsten des inhaftierten Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy. Darmanin hatte kurz vor und nach Sarkozys Inhaftierung öffentlich seine persönliche Verbundenheit betont und angekündigt, ihn im Gefängnis besuchen zu wollen. Die Anwälte argumentieren, der Justizminister habe mit seinen

Aussagen und seinem Besuch Parteilichkeit gezeigt, obwohl er als Vorgesetzter der Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, sich neutral zu verhalten. Laut ihrer juristischen Argumentation reicht dabei bereits ein „moralisches oder freundschaftliches Interesse“ aus, um den Straftatbestand zu erfüllen. Darmanin weist dies zurück und beruft sich auf seine Verantwortung, die Sicherheit eines ehemaligen Staatschefs hinter Gittern zu gewährleisten, ein Novum in Frankreich. Sarkozy war im September im sogenannten „Libyen-Komplex“ zu fünf Jahren Haft wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden. Über seinen Antrag auf Haftentlassung soll in den kommenden Wochen entschieden werden, während das Berufungsverfahren 2026 ansteht. Die CJR muss nun entscheiden, ob sie ein Verfahren gegen Darmanin einleitet.

Vor dem Pariser Strafgericht begann am 29. Oktober der Prozess gegen drei bulgarische Staatsbürger (ein vierter ist flüchtig), denen vorgeworfen wird, im Mai 2024 rund 30 rote Handabdrücke am Mémorial de la Shoah und in umliegenden Straßen angebracht zu haben. Sie müssen sich wegen schwerer gemeinschaftlicher Sachbeschädigung und krimineller Vereinigung verantworten; ihnen drohen bis zu sieben Jahre Haft. Die Tags gelten als umstrittenes propalästinensisches Symbol. Die Ermittler vermuten hinter der Aktion keinen spontanen Akt, sondern eine mögliche hybride Einflussoperation Russlands, die darauf abzielt, gesellschaftliche Spannungen in Frankreich zu unterfüttern. Die Angeklagten räumen die Beteiligung ein, bestreiten aber politische oder antisemitische Motive. Einer der mutmaßlichen Haupttäter weist jedoch Neonazi-Tätowierungen auf, und Verbindungen zu prorussischen Netzwerken werden geprüft. Der Fall ist das erste Verfahren im Rahmen mehrerer Untersuchungen zu mutmaßlichen russischen Destabilisierungskampagnen seit 2023.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat am 28. Oktober im Élysée-Palast rund 200 Expertinnen und Experten versammelt, um über die Gefahren des Digitalen für Demokratie, mentale Gesundheit und Wahlen zu beraten. Dabei ging es besonders um den Einfluss von Bildschirmen auf die psychische Gesundheit von Kindern. Über zwei Stunden lang diskutierten die Fachleute und fokussierten sich auf die Algorithmen großer Plattformen, die Nutzer beeinflussen und manipulieren können.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Nach dem überraschenden Wechsel von Jean Castex an die Spitze der Bahngesellschaft SNCF haben die Pariser Verkehrsbetriebe RATP einen Übergangschef: **Jean Bassères**, seit März 2024 im Verwaltungsrat des Unternehmens, wurde per Regierungsbekanntmachung zum Interims-PDG ernannt. Castex hatte die RATP erst Ende 2022 übernommen und war im Herbst 2024 eigentlich für fünf Jahre bestätigt worden – sein vorzeitiger Abgang stürzt den Konzern nun in eine Phase der Unsicherheit. Bassères gilt als erfahrener Topbeamter der französischen Verwaltung. Der 67-Jährige leitete u. a. die prestigeträchtige Finanzinspektion und führte über zwölf Jahre das Arbeitsamt Pôle emploi bzw. France Travail. 2024 war er zudem kurzfristig als Krisenmanager an der Spitze von Sciences Po eingesprungen. Bis ein neuer dauerhafter Chef nach einem Parlamentsvotum ernannt wird, soll Bassères die Geschäftskontinuität im Großraum Paris sichern und die rund 73.500 Beschäftigten des Konzerns führen.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,5 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	0	1

Trotz politischer Turbulenzen und weltweiter Unsicherheiten hat die französische Wirtschaft im Sommer überraschend an Fahrt aufgenommen. Nach ersten Schätzungen des Statistikamts Insee wuchs das BIP im dritten Quartal um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal, deutlich stärker als die ursprünglich prognostizierten 0,3 %. Haupttreiber waren robuste Exporte, insbesondere aus der Luftfahrtindustrie, die sich nach pandemiebedingten Lieferkettenproblemen erholt. Für Wirtschaftsminister Roland Lescure ist das Ergebnis eine „bemerkenswerte Leistung“ der Unternehmen: Frankreich investiere, exportiere und wachse weiter – trotz innenpolitischer Blockaden und Handelskonflikten mit den USA. Mit dem kräftigen Quartalsergebnis liegt die französische Volkswirtschaft bereits bei 0,8 % Jahreswachstum, selbst wenn es bis Dezember keine weiteren Zuwächse mehr gäbe. Damit könnte die Regierung ihre Wachstumsprognose von 0,7 % für 2025 übertreffen.